

Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2007)
Heft: 6: Schwerpunkt Partnerschaft : Pro Senectute Baselland und Basel-Stadt fusionieren

Artikel: 175 Jahre getrennte Wege : Revoluzzer-Gemeinden von der Stadt getrennt
Autor: Währen, Sabine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-842942>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



175 Jahre getrennte Wege

Revoluzzer-Gemeinden

von der Stadt getrennt

[sw.] Glücklich waren die Basler Landbewohner nie über die städtische Herrschaft. Noch im 17. Jahrhundert wurden die Bauernaufstände von der Stadt mit harter Hand niedergedrückt. Rund 200 Jahre später eskalierten die Stadt-Land-Streitigkeiten und es entwickelte sich ein Monate dauernder Bürgerkrieg. Im September 1831 wurde schliesslich ein eidgenössisches Bataillon in den Kanton Basel geschickt, um wieder für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Der Waadtländer Wachtmeister Urbain Olivier hatte sich eben zur Ruhe gelegt, als er unsanft wieder aus dem Schlaf gerissen wurde: «Auf, Kameraden», rief der Feldwebel, «in Basel wird gekämpft, wir müssen morgen dort sein.» Olivier gehörte einem Bataillon an, das im September 1831 von den eidgenössischen Behörden angefordert wurde, um im Kanton Basel wieder für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Dort herrschte seit Monaten ein blutiger Bürgerkrieg. Stadt und Land hatten sich ineinander verbissen.

Wann aber begannen tatsächlich die Stadt-Land-Konflikte? Im 15. Jahrhundert als die Stadt ihre Herrschaft über das Umland stetig ausdehnte? Früher? Später? Wie auch immer; eine grössere gewaltsame Erhebung der Untertanen vom Land fand im 17. Jahrhundert statt.

Vorgeschichte

Das 17. Jahrhundert war durch zahllose Kriege, konfessionelle Kämpfe, Hungersnöte, Seuchen und durch eine Erstarrung der politischen Strukturen geprägt, aber auch durch barocke Lebenslust und übersteigerte Religiosität. Nicht nur an den europäischen Königs- und Fürstenhäusern nahmen die Herrschaftsformen absolutistische Züge an, auch in Basel konzentrierte sich die Macht über die bürgerliche Bevölkerung und die Untertanen auf dem Land auf einen immer kleiner werdenden Kreis regierender Familien. Die «Gnädigen Herren» an der Spitze des Staates hatten das Sagen über Verwaltung, Gerichte und Staatseinkünfte. Der 30-jährige Krieg tobte oft in unmittelbarer Nähe der Stadt. Schwedische, französische und kaiserliche Heere durchzogen die Reichsländer mit Plünderungen, Verwüstungen und Gräueltaten. Unzufriedene Basler Landbewohner nutzten die Gelegenheit, um auszunützen, dass die städtische Herrschaft geschwächt war. Sie verwüsteten Klöster, plünderten den Domstiftskeller in Liestal und zogen sogar bewaffnet bis vor die Tore der Stadt. Dazu führten die zusehends straffere Herrschaft der Stadt über ihre Untertanen und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges

auf der Landschaft zu hitzig geführten Versammlungen, allerdings kam es nie zu militärischen Auseinandersetzungen. Die in Bittschriften formulierten Forderungen fielen - verglichen mit denen der Berner, Luzerner und Solothurner Landbevölkerung - gemässigt aus. Dennoch entschloss sich die Obrigkeit, die Aufmüpfigkeit im Keime zu ersticken und hart durchzugreifen. Sieben Führer der Unzufriedenen wurden hingerichtet, weitere zu hohen Bussen, Verbannung, Gefängnis, Galeerendienst und Ehrenstrafen verurteilt. Liestal und Waldenburg verloren wichtige Privilegien, Liestal unter anderem das Recht, seinen Rat selbst zu bestellen.

Der Bauernkrieg blieb für Jahrzehnte der letzte offene Konflikt auf der Basler Landschaft. Tatsächlich war die Basler Gesellschaft des 17. und 18. Jahrhunderts auf den ersten Blick eine recht unbewegliche, streng hierarchische Ständegesellschaft. Die soziale Zugehörigkeit wurde durch die Herkunft bestimmt und festgelegt: Jeder Mensch wurde in seinen Stand hineingeboren - und jeder Bürger in seine Stadt. Ein dicker Mauerring umgab die Stadt Basel mit Toren, die nachts geschlossen wurden. Er sollte diese kleine Welt beschützen, in der selbst die Uhren anders gingen als in den umliegenden Gebieten. Die politische und wirtschaftliche Macht konzentrierte sich in den Händen einer kleinen Oberschicht, die als ratsfähige Familien schon seit vielen Generationen die Mitglieder der beiden Kammern stellten.

Das Export orientierte, vorindustrielle Grossgewerbe war für Basel und seine Landschaft überlebenswichtig, da die landwirtschaftliche Produktion nicht zur Versorgung der Bevölkerung ausreichte. Immer wieder war Basel von schweren Teuerungs- und Hungerkrisen gebeutelt. Obwohl die Aussenhandelsumsätze ab 1740 stetig stiegen, konnte die Bevölkerung auf dem Land nur wenig, die städtische Unterschicht praktisch überhaupt nicht davon profitieren. Die Kluft zwischen der Oberschicht mit ihrem luxuriösen Lebenswandel und der mittellosen Unterschicht wurde immer grösser.

Rascher als in der Stadt änderten sich die Verhältnisse auf der Landschaft. In den Dörfern wuchs die Bevölkerung, dank besserer Ernährung und lukrativeren Einkunftsquellen, denn hier arbeiteten im Auftrag städtischer, bürgerlicher Unternehmer Weberinnen und Weber, für die keine Zunftschränken galten.

Handwerker, Heimweber und Kleinbauern stellten die Herrschaft der Bauern in der Gemeinde in Frage.

Am Vorabend des Bürgerkriegs

In Basel ist die Zeit zwischen dem späten Ancien Régime und der Bundesstaatsgründung eine Epoche der Modernisierung auf Raten gewesen, die aber vor allem eine Zeit der häufigen Verfassungsänderungen, der versuchten und gescheiterten politischen Reformen und der vorsichtigen – und mit meist von aussen erzwungenen – Annäherung an modernisierende Kräfte war. Bereits im März 1814, lange bevor der Bundesvertrag in Bern in Kraft trat, erklärte man in Basel in einer Grossratsitzung unter dem Eindruck der massiven Präsenz der österreichischen Truppen das Ende der Mediationsverfassung und verabschiedete eine neue Verfassung für den Kanton Basel. Diese unterschied sich vor allem in einem Punkt ganz wesentlich von der Mediationszeit: Sie gewährte der Landschaft nur noch zwei Fünftel der insgesamt 150 Grossräte und erschwerte deren Wahl durch gewisse Bedingungen. Den in der Regel wirtschaftlich potenteren Stadtbewohnern müsse der Weg in die öffentlichen Gewalten erleichtert werden, um somit der Stadt «wieder einiges Äquivalent ihrer ehemaligen Rechte zu verschaffen.» Auch sollten alle Gewählten ihr Amt wieder, wie es im Ancien Régime üblich gewesen war, auf Lebzeiten erhalten. Diese Entmachtung und Entrechtung der Landbewohner legten den Grundstein für die zwanzig Jahre später erfolgte Kantonstrennung.

Es begann am 18. Oktober 1830

Stephan Gutzwiller, selbst Mitglied des Grossen Rates in Basel, legte im Wirtshaus Bad Bubendorf den dort versammelten etwa 40 Männern eine Bittschrift auf den Tisch, welche den Wunsch nach einer neuen Verfassung enthielt. Die Forderung gipfelte darin, dass der Grosse Rat in seiner nächsten ausserordentlichen Sitzung die alte Rechtsgleichheit wieder herstellen und die Basler Verfassung entsprechend ändern sollte. Die Schrift traf am 26. Oktober beim Basler Bürgermeister Wieland ein. Nun beeilte man sich tatsächlich im Kleinen Rat, der einen ersten Revisionsantrag über ein Jahr verschleppt hatte, die Revision zügig zu behandeln. Bevor es allerdings zur Abstimmung dieses Reformentwurfs kam, protestierten die Bewohner der Landschaft bereits lautstark dagegen, dass auch in der neuen Verfassung kein Wahlbeziehungsweise Repräsentationsmodus gemäss der Bevölkerungszahl vorgesehen wäre, sondern die Städter auf ihrer stärkeren Vertretung im Rat bestünden. Gutzwiller und seine Leute gaben sich nicht geschlagen und versuchten beharrlich, ihre Ziele durch eine Landsgemeinde in Liestal zu stärken. Am 6. Januar 1831 wurde im Wirtshaus Engel sogar eine provisorische Regierung gewählt. Die Situation spitzte sich zu. Die städtische Regierung wählte sich im Recht. Sie beschloss, aller Aufruhr sei mit Waffengewalt zu unterdrücken. Allschwil, Binningen sowie ein



paar Tage später die Stadt Liestal wurden von Truppen eingenommen, doch die Aufständischen hatten sich längst nach Sissach und dann nach Aarau davongemacht. Die Städter kehrten wieder um. Was sie erreicht hatten, war eine Polarisierung der Dörfer auf der Landschaft in zwei Lager. Von vornherein waren längst nicht alle Gemeinden mit dem Aufstand gegen die Stadt einverstanden gewesen. Vor allem die Posamentier fürchteten, ihre Arbeit bei den «Bändelherren» zu verlieren.

In Basel eskaliert der Konflikt

Gegen die flüchtigen Mitglieder der provisorischen Regierung wurde ein Haftbefehl erlassen, während den übrigen «irregulierten» eine milde Behandlung zugesichert wurde. Parallel zu den politisch-militärischen Aktionen war ein Presskrieg heraufbeschworen worden. Begünstigt durch die Pressefreiheit im Kanton Appenzel konnte die Appenzeller Zeitung, die den Status einer allgemein schweizerischen Zeitung hatte, schreiben, was sie wollte. Und sie wollte – und kreuzte für die Sache der Landschaft die Klinge. Mit der antibaslerischen Propaganda sollte die Landschaft gegen die Stadt aufgewiegelt werden. So berichtete die Appenzeller Zeitung im Januar 1831 von der totalen Vernichtung des Landvolkes. Von Gefangenen, Hinrichtungen und Verbrechen gegen die Landschaft war in einem eingesandten Text die Rede: «Glaubt's mir, flebe Appenzeller, die Russen und Kosaken, als sie bei uns waren, haben sich als zivilisiertere Völker

zeigt verglichen mit den Basler Stadtmilizen. Sie berauben ihre Überwundenen, zerstören ihre Habseligkeiten und misshandeln Kinder und Greise. Die Kriegsgefangenen Offiziere und Soldaten werden an Stricke gebunden, täglich durch die Strassen der Stadt geführt. Schandbare Handlungen! Welcher Türke könnte solche Gräueltat billigen?» Die Entrüstung in Basel über die Propaganda der Radikalen war gross. Neben der Presse tobte der Wortkrieg in Flugschriften, die unter das Volk gebracht wurden. Die Städter behaupteten, dass von einer Zurücksetzung und von Gewaltanwendungen keine Rede sein könne, denn Stadt und Land seien eine Haushaltung. Die städtische Fürsorge habe sich immer um die Landbevölkerung gekümmert, etwa bei der Schulbildung, bei der Waisenbetreuung oder der Wassernot im Waldenburgerthal.

Die eidgenössische Tagsatzung, die sich in den Konflikt eingeschaltet hatte, empfahl der Stadt, den Weg der Mässigung einzuschlagen. Eine neue Verfassung wurde im Februar 1831 sowohl von der Mehrheit der Stadtbürger als auch der Landbürger und Gemeinden angenommen. Damit schien der Verfassungskonflikt beendet zu sein. Ein neuer Streit entzündete sich jedoch an der Frage der Amnestie für die verurteilten Anführer des Aufstandes. Als eine Petition nichts fruchtete, gewann auf der Landschaft immer mehr die Perspektive an Boden, eine neuerliche Verfassungsrevision anzustreben oder sich ganz von der Stadt zu lösen. Auf der Landschaft versuchte die zurückgekehrte

provisorische Regierung trotz des Abstimmungsresultats, die Dörfer auf ihre Seite zu bringen. Handstreichartig zogen die Aufständischen in Liestal ein, und eine selbst ernannte «Regierungskommission» befreite die Landschaft vom Gehorsam gegenüber der Stadt. Erneut liess die Stadt daraufhin Liestal besetzen und den Freiheitsbaum umhauen, räumte aber nach wenigen Stunden ohne jede weitere Strafaktion gegen die Anführer das Städtchen wieder. Jetzt griff die Tagsatzung in diesen zweiten Aufstand der Landschaft ein und liess eidgenössisches Militär die Basler Landschaft besetzen.

An die städtische Adresse erging die Aufforderung, den Forderungen der Landschaft entgegenzukommen. Die Basler Politiker indessen wichen keinen Deut von ihrer Position zurück. Die Landschaftler Gemeinden sollten in einer Abstimmung bekunden, dass sie zur Stadt hielten. Dieser Aufforderung kam eine Mehrheit der Stimmenden nach. Von 4667 nahmen 3865 die Verfassung an. Nur 802 Baseler stimmten für die Trennung. Doch statt mit Sorgfalt auf den Erfolg in der Abstimmung aufzubauen und auszunützen, dass die Position der Aufständischen mit nur 802 Stimmen Unterstützung geschwächt war, fuhr die Basler Regierung mit «Vollidampf» auf dem eingeschlagenen Kurs weiter.

Der Bürgerkrieg zeichnet sich ab

Am 22. Februar 1832 verordnete sie, dass jenen Gemeinden, in welchen die Abstimmung vom November 1831 keine Mehrheit für das Verbleiben bei der Stadt ergeben hatte, die Verwaltung entzogen werde. Dies bedeutete, dass sie faktisch aus dem Kantonsverband ausgeschlossen wurden. Durch diese Politik geriet die Basler Regierung immer tiefer ins konservative Fahrwasser. Die eidgenössische Tagsatzung bestand auf einer Verfassungsrevision im Sinne der Landschaftler. Dazu war man in der Stadt aber weiterhin nicht bereit. Am 17. März 1832 kam, was sich schon seit Wochen abzeichnete: Die Landschaftsgemeinden gründeten den Kanton Basel-Landschaft, indem sie eine provisorische Regierungskommission mit Gutzwiller an der Spitze bestellten und die Wahl eines Verfassungsrates beschlossen. «Jetzt hat der Himmel sich angefangen aufzutun.» Mit diesen Worten blickte der Liestaler Engelwirt und Weinhändler Johann Jakob Buser, besser bekannt unter seinem Spitznamen «General Buser», in seinen Memoiren auf die Trennungswirren zurück. Buser war als geborener Revoluzzer schon an der Basler Revolution von 1798 beteiligt gewesen – damals als Städter und Landschaftler einträchtig nebeneinander die Aufrichtung des Freiheitsbaumes auf dem Münsterplatz feierten. Ihnen war es gelungen, den Landsleuten gegen die Interesse der Zünfte gleiche Rechte und Freiheiten und eine angemessene politische Vertretung zu garantieren. Dreissig Jahre später war von dieser Aufbruchstimmung nichts mehr zu spüren.

Der neue Kanton kam mit der neuen Verfassung aber noch nicht zu Ruhe. Als wegen Auseinandersetzungen mit stadttreuen Anhängern Unruhen ausbrachen, griff die Stadt ein, um ihren Gesinnungsgenossen zu Hilfe zu kommen. Im Verlaufe der nun folgenden militärischen Auseinandersetzungen besetzten die Basler Truppen zweimal Liestal, eidgenössische Truppen marschierten zweimal zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Basel ein. Am Morgen des 3. August 1833 machte sich ein Tross von etwa 800 Soldaten von Basel aus auf den Weg Richtung Liestal. Zu diesem städtischen Bataillon gehörten auch die offenbar reichlich mit Branntwein versorgte Standeskompanie, die Stänzer, von denen es hiess, dass man einen Stänzertrupp im Anmarsch stets an der vorausseilenden Alkoholfahne erkennen könne. Trotz oder wegen ihres Rufs, eine versoffene Bande von Berufsmilitärs zu sein, galten die Stänzer als besonders brutale militärische Einheit. Während also das Basler Heer, das etwas abseits liegende Muttenz nicht tangierte, wollten die Soldaten durch Pratteln marschieren, um oberhalb des Dorfes die bewaldete Anhöhe zu gewinnen. Der geplante Durchmarsch artete allerdings aus: Die Brutalität, mit der – laut dem Drucker Schulz aus Liestal – die Städte vorgingen, schien keine Grenzen zu kennen. Angeführt von Rittmeister Landerer verwüsteten sie mordend und brandschatzend das Dorf. Paradoxerweise war es wohl der Brand von Pratteln, der als Rettung der Landschaftler angesehen werden kann, da er die im Grunde militärisch und organisatorisch überlegenen Städter gezwungen hatte, einen für sie ungünstigen Umweg zu nehmen. Die Landschaftler gewannen dadurch Zeit, aus ihrem eher verlustierten Haufen Soldaten ein einigermaßen organisiertes Heer zu bilden. Zwischen Pratteln und Füllinsdorf, an der Hülfenschanze, stiessen die Truppen von Stadt und Landschaft schlussendlich aufeinander – zum blutigen Finale. Die Basler Miliz beobachtete das Geschehen überwiegend aus sicherer Distanz. Als die Stänzer sie um Unterstützung baten, liess man sie im Stich. So brach die Standeskompanie die Angriffe ab, mit dem Hinweis, dass nun doch einmal die «Sonntagssoldaten» die Drecksarbeit machen sollten. Um ein Uhr nachmittags blies die Stadt das Signal zum Rückzug. Die städtischen Truppen ergriffen die Flucht durch die Hard. Wer sich aber nicht schnell genug davon machen konnte, wurde ohne Pardon niedergeschossen. Die Basler Niederlage dieses Tages ist Geschichte. Ein grosser Teil der Baslerbevölkerung jubelte, der andere, der stadttreue Teil, beeilte sich, den neuen Kanton um ihren Beitritt zu bitten. Nur Gelterkinden und Reigoldswil zögerten widerwillig noch eine Zeit lang. Insgesamt forderte der Bürgerkrieg, der de facto über zwei Jahre dauerte, weit über 100 Menschenleben. Er wurde von beiden Seiten mit grosser Härte und Unnachgiebigkeit geführt, nicht zuletzt, weil das Kräfteverhältnis zwischen landschaftlichen Aufständischen und städtischem Bürgertum eher ausgeglichen war. Die Trennung als Vorschlag zur Lösung des

Bildlegende:
Seite 8: Hüftendenkmal in Frenkendorf
Seite 10,11: Arbeiter in Liestal



Bildlegende:
Oben rechts: Passanten in Liestal
Unten rechts: Liestal, «Stedtli»
Unten links: Fussballspiel in Diegten
Oben links: Häuser der Ortschaft Wald (zwischen Belchen und Langenbruck)



Stadt-Land-Konflikts erschien nun auch aus Sicht der Städter die letzte Möglichkeit, die städtische Lebensart zu bewahren.

Die Kantone Basel-Landschaft und Basel Stadtteil
Die Tagsatzung, die in dieser Frage selbst gespalten war, sprach als oberstes Schiedsgericht der Eidgenossenschaft schliesslich die vollständige Trennung in die Halbkantone Basel-Landschaft und Basel Stadtteil aus und ordnete die Teilung des Staatsvermögens im Verhältnis zwei zu drei zu Gunsten der Landschaft an. Die Durchführung war konfliktreich und langwierig und zog sich bis 1836 hin. Sie sorgte, fast noch mehr als die vorangegangenen militärischen Gefechte, für ein enges Zusammenrücken der Städter, das unter anderem auch darin Ausdruck fand, dass die neu geschaffene Basler Zeitung von dem Liberalen Christoph Bernoulli gemeinsam mit dem Konservativen Regierungsrat Andreas Heusler herausgegeben wurde. «So liegt Basel also da, blutig, erschöpft, abgerissen von seiner Landschaft, verhöhnt, beladen mit dem Fluche der Wortführer unter den Eidgenossen», beschreibt Heusler in der Zeitung die Gefühlslage vieler Basler. Noch schmerzlicher als die Trennung war für viele aber die Teilung des Staatsvermögens. Insbesondere der Aderlass am Universitätsgut wurde in der Stadt als bitteres Unrecht empfunden. Auf der anderen Seite musste sich die Landschaft Vermögenswerte und Geldquellen sichern, damit der neue Kanton seine staatlichen Aufgaben übernehmen konnte. Ein fünfköpfiges Schiedsgericht, bestehend aus je zwei Kommissären aus der Stadt und aus dem Land sowie dem Zürcher Obergerichtspräsidenten Keller, sollte über die umstrittenen Punkte der Teilung entscheiden. Da zwischen den Kommissären meist ein Patt resultierte, fiel Keller kraft Stichentscheid quasi auf der ganzen Linie das massgebende Wort zu. Er entschied fast ausnahmslos zugunsten der Landschaft, was von der Stadt bissig bis höhnisch kommentiert wurde. Von dem auf rund 1,5 Millionen geschätzten Staatsgut gingen 935'000 Franken an die Landschaft, von den über 3 Millionen im Kirchen- und Schulgut 1,9 Millionen. Hart umstritten war die Frage, ob auch das Universitätsgut mit allen Gebäuden, der Kunstsammlung, den naturwissenschaftlichen Sammlungen, dem Münzkabinett und der öffentlichen Bibliothek geteilt werde. Nach langem Hin und Her wurde – wiederum per Stichentscheid von Keller – das Universitätsgut in die Teilung miteinbezogen. Da die Stifte des Universitätsgutes mehrheitlich aus der Stadt stammten, wurde allerdings bestimmt, dass die Universität nicht real geteilt werde, sondern in ihrer Gesamtheit in Basel bleibe, während Baselland für seinen Anteil am Universitätsgut in Geld abzufinden sei und dieses Geld ausschliesslich und zweckbestimmt für höhere wissenschaftliche Anstalten zu verwenden sei.





Klagen über Spannungen und Interessenskonflikte zwischen Stadt und Land sind auch heute noch an der Tagesordnung. Ob es um die Finanzierung von Universität und Theater oder um die Betreuung von Drogenabhängigen und die Integration von Menschen mit ausländischem Pass geht, immer wieder steht der Vorwurf im Raum, die Landschaft wälze Kosten und Probleme auf die Stadt ab. Wer die Debatte aber etwas näher verfolgt, muss feststellen, dass es sich nicht um ein spezifisches Problem der Region Basel handelt. Auch aus Zürich, Genf, Bern, Lausanne und anderen Städten kommen ähnliche Vorwürfe.

Überall versuchen städtische Behörden, Gemeinden der näheren oder weiteren Umgebung in die Pflicht zu nehmen. Dabei fällt jedoch ein grundlegender Unterschied zur Nordwest-Ecke der Schweiz auf: In der Regel liegen die Kernstadt und zumindest die engere Agglomeration im gleichen Kanton, gibt es eine übergeordnete Behörde, die für beide zuständig ist.

Verwendete Literatur:

Birrer Martin, Die politische Rechtsgleichheit, Liestal: Lüdin AG, 2007 (Neuaufgabe von 1882)

Kreis Georg, von Wartburg Beat (Hrsg.), Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel: Christoph Merian Verlag, 2000.

Nah dran, weit weg. Geschichte des Kantons Basel-Landschaft. Band fünf, Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft, 2001.

Ott Lukas, Schwankende Bundesbehörden schwächten Basel, baz, 24. März 2007

Ott Lukas, Nach der Revolution kam der Aderlass am städtischen Gut, baz, 28. April 2007

Teuteberg René, Basler Geschichte, Basel: Christoph Merian Verlag, 1988.

Von Wartburg Beat, Die Erfindung des Fortschritts: Ancien Régime, Helvetik und Restauration in: Basel 1501 2001 Basel. Neujahrsblatt/Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, Basel: Schwabe Verlag, 2001.